

## **Rheinische Eintracht im Kampf um das Bundeskriminalamt**

### ***Elf SPD-Bundestagsabgeordnete erwägen gemeinsamen Antrag mit CDU, FDP und Grünen - Schartau kritisiert Schily***

Von Holger Möhle und Bernd Eyermann

Berlin/Bonn. Ulrich Kelber blieb höflich, aber unmissverständlich, als er und zehn weitere rheinische Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion dem "lieben Franz Müntefering" Anfang dieser Woche einen zweiseitigen Brief schrieben.

Kelber, SPD-Direktkandidat aus dem Wahlkreis 97 (Bonn), war es zwar nicht angenehm, "dass ausgerechnet Du der Adressat dieses Briefes sein musst", schließlich habe sich Müntefering in der Vergangenheit "immer als fairer Partner der Region rund um Bonn und Köln erwiesen". Aber als Fraktionschef sei er nun einmal "der natürliche Ansprechpartner".

Aufgebracht durch die eigenmächtigen Pläne von Bundesinnenminister Otto Schily (SPD), den Dienstsitz Meckenheim des Bundeskriminalamtes (BKA) mit 1 200 Beschäftigten aufzulösen und nach Berlin zu verlegen (der GA berichtete), erkannten die elf Genossen - neben Kelber auch die Rhein-Sieg-Kreis-Abgeordneten Ulrike Merten und Uwe Göllner - darin einen "Vorgang von solcher inhaltlichen, grundsätzlichen und stilistischen Tragweite für unsere Region, dass wir uns zu drastischen Maßnahmen gezwungen fühlen".

Mit Abgeordneten von CDU und FDP aus der Region wollten sie das Thema an die Öffentlichkeit tragen und dazu alle strategisch sinnvollen Mittel einsetzen. Noch am Montagabend hatte Kelber nebst Genossen mit Norbert Röttgen (CDU) und Andreas Pinkwart (FDP) beim rheinischen Krisenrat zusammen gesessen. Die Möglichkeit eines interfraktionellen Gruppenantrages von SPD, Grünen, Union und FDP wurde diskutiert.

In dem Brief an Müntefering qualifizierten die Sozialdemokraten den Umzugsvorschlag aus dem Schilyschen Otto-Versand zu einem "klaren Verstoß gegen das Berlin-Bonn-Gesetz". "Dieser Zentralismus macht keinen Sinn."

Wer garantiere, dass eine Region, die gerade einen politisch verordneten Strukturwandel bewältigt habe, nicht erneut in eine existenzielle Krise gerate? Außerdem: Wie könne die SPD Ausgaben von mehreren hundert Millionen Euro verantworten, wenn derzeit ohnehin an allen Ecken und Enden gespart werden müsse?

Auch die Liberalen, die inzwischen einen eigenen Entschließungsantrag gegen "Pläne zur Zentralisierung des Bundeskriminalamtes am Standort Berlin" formuliert haben, wollen nicht einsehen, wieso ein größerer dreistelliger Euro-Betrag für einen Umzug, der fachlich nicht zu begründen ist, ausgegeben werden soll, wenn mit dem Geld besser frisches Personal und modernes Gerät zum Kampf gegen die Kriminalität bezahlt werden kann.

Auch der CDU-Abgeordnete Wolfgang Bosbach bezweifelt die fachliche Notwendigkeit, das BKA in Berlin zu "zentralisieren". Foto: Lannert

Von einem übergreifenden Gruppenantrag ist derzeit zwar nicht mehr die Rede, unter anderem, weil die SPD Schily nun Zeit geben will, seine Umzugspläne für das BKA zu überdenken und ihm so die Gelegenheit geben will, das Gesicht zu wahren, wie in den Fraktionen zu hören ist.

Pinkwart wiederum sieht einen Gruppenantrag nur dann als sinnvoll an, wenn dieser in der Sache begründet ist und nicht, weil ihn Abgeordnete einer jeweiligen Region stellen. Nur so werde eine breite Mehrheit möglich.

Auch die CDU mit den Abgeordneten Röttgen (Rhein-Sieg-Kreis II), Wolfgang Bosbach (Rheinisch-Bergischer Kreis) und der Wiesbadenerin Kristina Köhler an der Spitze bezweifelt wie FDP und Teile der SPD die fachliche Notwendigkeit, das BKA in Berlin zu "zentralisieren".

Gerade in Zeiten einer angespannten Sicherheitslage dürfe das BKA "nicht durch einen Umzug in seiner Funktionsfähigkeit eingeschränkt" werden. Das Geld, das im Bundeshaushalt für das BKA bereit stehe, werde "in vollem Umfang für die Verbesserung der inneren Sicherheit benötigt", heißt es in dem Unionsantrag.

Auch im Düsseldorfer Landtag wurde erneut Kritik an den Umzugsplänen laut. Der nordrhein-westfälische SPD-Vorsitzende Harald Schartau sagte, für diesen "über Nacht auf den Tisch" gebrachten Überraschungscoup gebe es keinen sachlichen Grund. "Das war ein Bärendienst, für den ich mich bei Otto Schily nur bedanken kann", meinte Schartau ironisch im Hinblick auf die "Schützenhilfe" des Innenministers im beginnenden Wahlkampf für die Kommunalwahl im September.

Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Sylvia Löhrmann sagte bei einem Besuch des General-Anzeigers, sie hoffe darauf, dass über die Umzugspläne das letzte Wort noch nicht gesprochen sei. Sie kündigte an, über die Grünen-Bundestagsabgeordneten Einfluss nehmen zu wollen.

Die CDU-Landtagsfraktion warf der NRW-Landesregierung vor, sich nicht genug gegen Schilys Pläne zu engagieren. Während der hessische Innenminister im Bundestag die Bedenken Wiesbadens gegen den Umzug vorgetragen habe, "hatte kein NRW-Kabinettsmitglied Mut, sich vor dem Parlament für die Interessen unseres Landes und der vom Umzug betroffenen 1 200 BKA-Mitarbeiter einzusetzen", kritisierte der Parlamentarische Geschäftsführer und Bonner Landtagsabgeordnete Helmut Stahl.

Der CDU-Politiker schlug vor, mit den für den Umzug benötigten Mittel - Stahl spricht von 600 Millionen Euro - zum Beispiel den Bundesanteil an den Kosten für die Einführung des digitalen Polizeifunks zu erhöhen. "Das wäre ein echter Beitrag für mehr Sicherheit in Nordrhein-Westfalen und Deutschland", erklärte Stahl.

(15.01.2004)